

Erscheint täglich mit Ausnahme der Tage nach den Feiertagen. Abonnementssatz für Danzig monatl. 30 Pf. (täglich frei ins Haus), in den Wohlfelten und der Spezialei abgeholzt 20 Pf. Vierteljährlich 20 Pf. frei ins Haus, 20 Pf. bei Abschlag. Durch alle Postanstalten 1,00 M. pro Quartal, mit Briefträgerabteilung 1 M. 40 Pf. Gremien und der Reaktion 11—12 Uhr Vorm. Kettwagerei Nr. 4 XVII. Jahrgang.

Danziger Courier.

Kleine Danziger Zeitung für Stadt und Land.
Organ für Jedermann aus dem Volke.

Die Organisation der Reichsbank.

Berlin, 16. Januar.

In der Berliner Volkswirtschaftlichen Gesellschaft hielt am 15. d. Ms. der Abgeordnete M. Bremel einen Vortrag über die künftige Organisation der Reichsbank. Der Vortragende bezeichnete die Bankfrage als eine der dringendsten wirtschaftspolitischen Fragen, denn nach der Verlängerung des Privilegiums der Reichsbank im Jahre 1889 müsse vor dem nächsten Rübungstermine, 31. Dezember 1899, abermals eine Entscheidung über die Organisation der Bank getroffen werden. Wie vor neun Jahren werde im Reichstage, dessen Zustimmung für die Fortdauer des Privilegiums erforderlich sei, der Antrag auf Verstaatlichung gestellt werden. Damals sei ein solcher Antrag nur mit geringer Mehrheit abgelehnt worden, da, wenn auch von ganz verschiedenen Gesichtspunkten geleitet, Agrarier und Sozialdemokraten dafür stimmten, i. J. 1899 werde die Aussicht auf Annahme wahrscheinlich eher größer als kleiner sein. Die Gewährer für Verstaatlichung ließen sich auch durch die mit den preußischen Staatsbahnen gemachten Erfahrungen nicht belehren, und doch leide die preußische Staatsbahnverwaltung unsireitbar daran, daß sie in hohem Maße bürokratisch, im höchsten Maße fiscalisch und, was das Tarifwesen anlangt, dem Einflusse einer politischen Partei, des Arbeiterthums, dientbar sei. Die gleichen Mängel würden sich auch bei einer Staatsbank herausbilden. Die Agrarier als Realpolitiker hätten freilich gerade die Absicht, sich bei einem Staatsinstitut längeren und billigeren Credit auf Reichskosten zu verschaffen.

Den Gewinn, den die Reichsbank heute etwa zur Hälfte an die Aktionären abgibt, wollten manche ganz dem Reiche zuwenden, aber es sei sehr leicht möglich, daß dieser Gewinn, der heute durch die unabhängige, sachgemäße Leitung der Reichsbank herausgemacht werde, unter einer bürokratischen, der Landwirtschaft billigen Credit spendenden Staatsbank sich verflüchtige. Die Reichsbank habe auch durch ihre Discontpolitik bewiesen, daß sie das allgemeine Interesse über das finanzielle Interesse stelle, denn sie habe sich durch die fünfsprozentige Notensteuer nicht abhalten lassen, durch den dem Geldmarkt entsprechenden Discontsaal dem Verkehr zu dienen, wiederholte sie dieser Satz sogar bei Eintritt der Steuerpflicht geringer als 5 Proc. gewesen und geblieben. Die Agrarier wollten die Industrie für sich gewinnen, indem sie darauf verzichten, daß der deutsche 5 Proc., der Franzose nur 2 Proc. Discont zu tragen habe. Indesten berechnete sich für die Jahre 1886 bis 1896 der durchschnittliche Satz bei der Reichsbank nur auf 3.7 Proc. gegen 2.72 Proc. bei der Bank von Frankreich und 3.07 Proc. bei der Bank von England. In diesen Differenzen komme doch nur der verschiedene Kapitalsreichtum der verschiedenen Länder zum Ausdruck, in dem gegenwärtigen höheren Sache aber spiegeln sich ein gewerblicher Aufschwung mit seinen Anforderungen wieder, wie er in Frankreich nicht entfernt vorhanden sei. Der Vortragende sprach dann die sonst gemachten Reformvorschläge: Erhöhung des Grundkapitals, verschiedene Bemessung der Steuersätze; Erhöhung des steuertreuen Notencontingents — Vorschläge, von denen der letztere jedenfalls zu verwerten sei, wenn gleichzeitig von den beteiligten Einzelstaaten eine Erhöhung der

Contingente ihrer Privatnotenbanken gefordert würden, weil dadurch ein offensichtlicher Rückschritt hinsichtlich der schon 1875 angestrebten Einheit des Notenbankwesens gemacht werden würde. Nachdem der Vortragende noch den Nachtheil charakterisiert hatte, welchen der seit Einführung der Silberverkäufe bei der Bank angesammelte Vorrath alter Thalerstücke bilde, schloß er mit einem dringenden Appell an die gewerbetreibenden Kreise sich rechtzeitig und nachdrücklich gegen den Plan einer Verstaatlichung der Reichsbank zu wehren.

In der Discussion nahm Dr. Ludwig Bomberger, den der Vorsitzende, Stadtrath Dr. Weigert, unter der lebhaftesten Zustimmung der Versammlung als den Vater des Bankgesetzes feierte, das Wort, um auszuführen, das oberste Prinzip aller Discontpolitik sei, dafür zu sorgen, daß die Bank niemals Gefahr laufe, ihre Noten nicht einzulösen zu können. Mit Vorschriften sei dabei nichts geschehen; praktische Vorstift und Intelligenz, wie sie grade von der Reichsbankverwaltung behauptigt werden, seien von Nöten. Bei der definitiven Entscheidung über das Schicksal der Reichsbank würden vielleicht die Sozialdemokraten noch eher Einsicht zeigen als die Agrarier, wenn sie sich überzeugten, daß im gegenwärtigen Staate die Verstaatlichung nur den agrarischen Gevatterstaaten Gelegenheit bieten würde, ihre Hände ließ in den Bankrahmen hineinjustizieren. Das Bankgesetz bestehet jetzt fast 23 Jahre, am 9. Juli d. J. feiere das Büttnergesetz sein 25-jähriges Bestehen. Beide Gesetze hätten sich so bewährt, daß kaum ein Einwand gegen sie erhoben werden könnte; Reichsregierung sowie Handel und Industrie mühten sich zusammenzustellen, um dem wirtschaftlichen Leben Deutschlands diesen Schatz zu erhalten.

Politische Tageschau.

Danzig, 18. Januar.

Reichstag.

Der Reichstag berieb gestern den Etat des Reichstages und des Reichsamtes des Innern. Bei letzterem kam es zu einem heftigen Zusammenstoß zwischen den Sozialdemokraten und dem Staatssekretär Grafen Posadowsky aus Anlaß des vom „Vorwärts“ dieser Lage veröffentlichten vorberaumten Erlaßes des Reichskanzlers über die Koalitionsfeste.

Abg. Wurm (Soc.) charakterisierte den Erlaß als einen unerhörten Streit gegen das Koalitionrecht der Arbeiter; gegen die schwarzen Listen der Unternehmerthue man nichts, es werde eben mit zweierlei Maß gemessen. Mit diesem Erlaß in der Hand würden die Sozialisten in den Wahlkampf gehen unter der Parole: „Weg mit diesen Ministern, weg mit dieser Regierungswelle.“

Staatssekretär Graf Posadowsky erwiderte, der Terrorismus der Agitatoren müsse gebrochen werden. Die Regierungen würden rücksichtslos von ihrer Macht Gebrauch machen, um Arbeitswillige gegen diesen Terrorismus zu schützen. Der Staatssekretär bedauerte, daß ein ehrloser, eiblütiger Beamter den Erlaß an den „Vorwärts“ gegeben habe, aber der Zehtler sei so gut wie der Zehtler. Die anständige Presse sollte verteidigte entwendete Schriftstücke überhaupt nicht publizieren.

Abg. Frhr. v. Stumm (Reichsv.) secundirt dem Staatssekretär und hofft, die Arbeiter würden sich bald von den blutsaugerischen Herren loslösen, die von ihnen sauer erworbenen Groschen sich mästen.

Nach weiteren Ausführungen des Abg. Singer

Anice, legte den Arm um ihren Leib und bedeckte ihre kleinen Hände mit zärtlichen Küschen.

„Nanu?“ fragte sie fröhlich verblüfft.

Und er, der sonst so redigewandt, fand nur das eine Wort für seine Gefühle: „Gentlewoman!“

20. Kapitel.

Allein.

Sie meinte es gut mit ihrer Freundschaftsdemonstration für Indisch, die kleine Sportbaronin; aber viel half es nicht. Sie war zu sehr als nachsichtige Gattin bekannt! Und dann, wenn die Leute in einem so stillen Alsteinstad-Gumpf erst mal den erfrischenden Reiz eines netten kleinen Skandals gekostet haben, dann lassen sie sich diese Lebenswürze nicht gern gleich wieder rauben, sondern verächtlichen lieber Augen und Ohren und bleiben trotz aller Gegenzeugnisse dabei: 's ist doch etwas d'r'an!

Als neue Bekräftigung der Sache kam ja nun noch des jungen Baumeisters plötzliche Abreise dazu; noch am Tage seiner letzten Unterredung mit Indisch hatte er Alühorn verlassen; die aufkeimende Neigung war natürlich bemerkt worden, ja, sogar die Bootsfahrt zu Zweien hatte man beobachtet, nun aber war alles vorbei; selbstverständlich! Nun bedankte sich Fritz Olsers!

Zufrieden und angerett durch die vielen neuen Eindrücke, war der Sanitätsrat von seiner Heidelberger Reise zurückgekehrt. Wie hatte er sich unterwegs darauf gefreut, Indisch alles zu erzählen und sie zu loben, daß ihn zu der Reise angefeuert; denn von selbst hätte er den — für seine Verhältnisse so gewilligen — Entschluß ja nie gefaßt. Und nun trat sie ihm so verändert, so theilnahmlos, trübe, gebrochen entgegen! Er war tief bekümmert, als er erfuhr, was man seinem Liebling zu Leide gehan-

Indisch erzählte ihm alles, auch von dem, was sie bisher ganz in sich verloren, von ihrem kurzen Liebesraum sprach sie ihm einmal in einer stillen, vertraulichen Stunde.

Er wollte nicht davon glauben, daß alles vorbei sei; wenn er doch einmal liebgewonnen hat, dann kann er nicht so plötzlich von ihr lassen, dann

(Soc.) und des Staatssekretärs Grafen Posadowsky wurde die Debatte auf heute vertagt.

Berlin, 17. Jan. In der heute abgehaltenen Sitzung der Budgetcomission des Reichstages erklärte der Staatssekretär des Reichspostamtes v. Podbielski, dem Bundesstaat sei eine Vorlage über eine Heraussetzung des Maximalgewichtes für Briefsendungen zugegangen, die den Reichstag demnächst beschäftigen werde. Bezuglich des Telephones erklärte v. Podbielski, er könne es nicht verantworten, einem Theile der Bevölkerung das Tragen von Kosten für Einrichtungen zuzumuten, die dem anderen Theile der Bevölkerung zu gute kämen; so lange die zur Zählung der Gespräche notwendige Erfindung noch nicht gemacht sei, müsse an dem Pauschal festgehalten werden. Betreffs der Privatposten erstrebe er die Durchführung eines Monopols wenigstens für geschlossene Briefe. Eine Vorlage wegen einer Zeitungsstarifreform sei dem Reichstage noch nicht zugegangen wegen des im Reichspostamt eingetretenen Personenumwelts und wegen Belastung des Staatssekretärs und der Centralverwaltung durch Bearbeitung von anderen in Aussicht genommenen Reformen. Der Staatssekretär sicherte auf das bestimmtste eine betreffende Vorlage für die nächste Session zu. In Aussicht stelle er eine weitere Vernehmung der Interessenten. Letzteres wurde aus der Menge der Commission vielfach angefochten. Die Interessenten seien genug zu Worte gekommen. Abg. Paasche (nat.-lib.) wies ziffernmäßig die gerade hier vorliegenden Missverhältnisse zwischen Leistung und Gegenleistung in postalischer Beziehung nach. Abg. Hammacher (nat.-lib.) bejonte, es bleibe nur übrig, auf dem Wege der von ihm verurteilten Inseratensteuer der Sache beizukommen, wenn die unerhörten Missstände nicht auf dem Wege der Tarifreform beseitigt würden. Abg. Müller bestritt, daß eine Berücksichtigung des Gewichts bei der Tarifierung Nachtheile für die Papierindustrie haben müsse.

Abgeordnetenhaus.

Die Generaldiskussion über den Etat eröffnete gestern

Abg. Gattler (nat.-lib.). Derselbe beklagte sich über eine Medizinalreform und ein Expropriationsgesetz und behauptete, daß die Eisenbahnverwaltung den Bedürfnissen des Verkehrs nicht gerecht werde. Er erklärt sein Einverständnis mit der Polenpolitik der Regierung und bestreitet, daß gesammelte deutsche Produktion zusammenfassen zu einer gemeinsamen Action in der Wirtschaftspolitik.

Frhr. v. Sedlitz (frecons.) ergeht sich in Lobpreisungen auf unsere Finanzpolitik und ist erfreut, daß eine größere Geflossenheit und Entschlossenheit jetzt bei der Regierung vorhanden sei.

Abg. v. Groneck (Centr.) verlangt u. a., daß amliche Publicationen auch den Oppositionsblättern übertragen werden. Die Vermehrung der Richter sei noch ungereicht, hier sei Sparsamkeit nicht angebracht. Er bedauert die disparitätsartige Behandlung der katholischen Kirche gegenüber der evangelischen.

Abg. Graf Limburg- Stirum (cons.) spricht den Wunsch aus, in dem neuworbenen Gebiet in Ostpreußen möge die Regierung das Bergwesen und die Eisenbahnen selbst verwalten und nicht etwa einem Syndicate übergeben. Redner ist gegen eine Bestillung der Eisenbahn-Perzentarife und hält die Erhöhung des landwirtschaftlichen Dispositionsfonds für nicht genügend.

kommt er wieder“. Aber sie schüttelte traurig den Kopf. „Nein, er kommt nicht wieder. Und ich wünsche es auch nicht. Ich habe damals in der unglückseligen Stunde zu klar eingesehen, daß wir nicht für einander passen.“

„Mein armes Kind!“

Ach, er mußte gar nicht, was er ihr alles zu lieben thun sollte, so grenzenlos leid that sie ihm.

Er fühlte wohl, daß sie mehr litt, als sie ihm eingestehen wollte. Arme Indisch! Wenn sie sich auch alle Mühe gab, stark zu sein, es wollte ihr nicht gelingen. Ach, wenn nur die Nächte nicht gewesen wären, die langen, stillen Nächte, wo man jo viel Zeit zum Grübeln und Weinen hatte! Da fragte sie sich immer und immer wieder, wie es nur geschehen konnte, daß all das süße, junge, hoffnungsvoll ausstrahlende Glück so mit einem Male zerstreut, vernichtet worden war? Und wodurch? Durch ein Nichts, ein albernes Lügengewebe, das war so erbärmlich, widerwärtig, tragikomisch! Ein Schicksalschlag und doch wieder nur wie die Parodie eines Schicksalschlags!

Manchmal dachte sie daran, Fritz zu schreiben — aber nein, das litt ihr Stolz nicht. Ihr Stolz war jetzt ihre einzige Stütze. Er mußte sie auch wappnen, der Alühower Weltgegenüber. Wenn man sie kühl grüßte — gut, so dankte sie noch kühl. Wenn man sie mied — wohl, sie konnte allein bleiben, brauchte diese Menschen nicht — stand viel zu hoch über den Zwergen! — Recht schön in der Theorie — aber in Wirklichkeit? Indisch, das liebebedürftige Geschöpf, mit dem weichen, empfindlichen, alzu eindrucksfähigen Gemüth, welches jede rauhe Verührung als Schmerz empfand — ihr war ja jetzt jeder Schritt aus dem Hause, jedes Zusammentreffen mit Menschen eine qualvolle Operation — eine Quelle unangbarer Pein.

Eines Abends, als der Sanitätsrat von der Praxis heimkam, stand er sie in Thränen. Sie war das erste Mal seit jenen Junitagen wieder im Singverein gewesen, und da hatten sich die anderen Damen so häßlich benommen — so isolirt hatte sie sich gefühlt — nein, sie konnte es nicht länger aushalten!

Abg. Richter (frei. Volksp.) greift scharf Miquels Finanzpolitik an und tritt für eine umfassende Eisenbahnreform. Neuregelung des Wasserrechts und Reform des Disciplinarverfahrens gegen Beamte, deren Nothwendigkeit durch den Prozeß Lausch wieder erwiesen sei, ein; er wendet sich gegen den Sackakkurs in der Polenpolitik und erklärt sich deshalb namens seiner Freunde gegen die Novelle zum Ansiedelungsgesetz. Wenn die Neuwahlen eine reaktionäre Majorität ergeben, dann würden wir Zuständen entgegen, von denen uns die jehige Polizeiwirtschaft einen kleinen Vorgeschmack giebt.

Als dann wurde die Berathung, welche sämtliche Minister, mit Ausnahme des Ministerpräsidenten Fürst Hohenlohe, beigewohnt hatten, auf heute vertagt.

Ansiedelungen in Westpreußen und Posen.

In der Begründung des gestern dem Abgeordnetenhaus zugegangenen Gesetzeswurfs betreffend die weitere Bewilligung von 100 Millionen Mark zur Beförderung deutscher Ansiedelungen in den Provinzen Westpreußen und Posen wird betont, daß die Erfahrungen des letzten Jahrzehnts die Nothwendigkeit eines Vorgehens im Sinne des Gesetzes vom 26. April 1886 bestätigt haben. Es wird ausgeführt, daß die Verziehung des Stärkeverhältnisses zwischen den beiden Nationalitäten zum Nachteil der Deutschen anhalte und sich eine steigende Zunahme des polnischen Altingrundbesitzes auf dem platten Lande bemerkbar mache. Aber auch in den Städten zeige sich mehrfach eine Überhandnahme der polnischen Nationalität in den Mittelständen, eine strenge Absonderung derselben von der deutschen Bevölkerung und eine Dienstbarmachung der durch deutsche Cultur erzeugten Intelligenz zu nationalpolnischen Zwecken. Diese Sonderbestrebungen haben zu einer Verhärtung der Gegenseite und schließlich zu einer Halbung des Polenhumans in Wort und Schrift geführt, die in einer Bedrängung der deutschen Bevölkerung in sozialer und wirtschaftlicher Beziehung ihre Wirkung äußert. Einer solchen Entwicklung muß die Staatsregierung zum Schutze der hierdurch bedrohten Deutschen wie zur Erhaltung des Friedens und der Wohlheit der Staatsbürger mit Entschiedenheit entgegentreten.“

Der früher bewilligte Fonds, heißt es sodann weiter, erweise sich nachgerade als nicht zuverlässig, um die Sicht des wichtigen Nachdruck, den die Gestaltung der Verhältnisse in den Ansiedelungsprovinzen erfordert, zu betreiben und eine ausreichende und nachhaltige Stärkung des deutschen Elements zu erreichen. Ausführlich wird sodann dargelegt, daß das Ergebnis der Wirksamkeit der Ansiedelungskommission in wirtschaftlicher und sozialpolitischer Beziehung befriedigend und erfolgreich sei, einem weiteren wiedersprechenden Vorgehen derselben jedoch die bisherige Bemessung des Fonds hemmen im Wege steht; gegen 80 Millionen des letzteren werden mit Schluß des Etatsjahres 1897/98 verausgabt sein, der größte Theil des Restes aber am 1. April 1898 zur Besteitung der erstmaligen Errichtung neuer Ansiedelungen erforderlich werden. Um die kolonialistische Arbeit und den Schutz des Deutschthums nicht aufzu hören zu lassen, die Errichtung von Zuwanderwirtschaften und bedenkliche Proletariatsbildung zu verhindern, sei die geforderte Erhöhung des Ansiedelungsfonds geboten.

„Läßt mich fort, Onkel“, bat sie schluchzend. „Die alte Vorstel möchte ja so gern wieder zu dir ziehen, nicht wahr? Schreibt sie nicht immer so lebensfüchtige, anhängliche Briefe? Läßt sie kommen. Und ich —“

„Willst du nach Konstantinopol zurück?“

„Nein — um keinen Preis. Ich will auf eigenen Füßen stehen. Siehst du, gerade heute stand ich in der Zeitung eine Annonce. Das könnte etwas für mich sein:“

Eine Gesellschaftsdame, die fertig englisch und französisch spricht, musikalisch ist und auch die Beaufsichtigung der Kinder mit übernimmt, sucht Frau Dr. Nakitschen,

Groß-Lichterfelde, bei Berlin.

„Ach, Kind, du ahnst ja noch gar nicht, wie furchtbar schwer das ist, auf eigenen Füßen zu stehen“, seufzte der Sanitätsrat. „Wie gut hat man es im eigenen Hause, mein Liebling! Selbst wenn alles nicht so ist, wie man es sich wohl wünschen möchte, es ist doch nirgendwo besser. Schwarzbrot zu Hause schmeckt besser wie Äpfel in der Fremde, liegt unser heimliches Sprüchwort. Und es hat recht. Zu Hause hat einer am anderen das Interesse des Blutes und der Familie, selbst wenn er es nicht immer zeigt. Man sieht sich, selbst wenn man es leugnet. Aber unter fremden Menschen — ach, mein Kind, wie unglücklich wirst du dich bald fühlen.“ So redete er noch lange, der gute Sanitätsrat. Aber Indisch schüttelte den Kopf und sagte nur immer: „Ich kann nicht mehr.“ Und schließlich widersehete er sich ihrem Drängen nicht länger. Er verstand ihre Empfindungen nur zu gut. Und er schrieb — schweren Herzens — an die frühere Hausdame. Nur sollte er den Sonnenstrahl, den er sich eingesungen, wieder entschlüpfen lassen. Indisch fuhr nach Lichterfelde, stellte sich der Frau Dr. Nakitschen vor, wurde engagiert, kehrte am Abend sehr befreit von den empfangenen Eindrücken nach Alühorn zurück und Anfang November, nachdem die alte Vorstel ihr Wirthschaftszepter wieder in die derbe dickenfingerige Hand genommen, trat Indisch ihre Stellung im Lichterfelde an.

(Fortis. folgt.)

Der geheime Erlass des Reichskanzlers.

Dass die Socialdemokraten im Reichstag die Gelegenheit, den Grafen Posadowsky über den vom „Vormärz“ an die Dissenlichkeit gebrachten Erlass in Sachen der Coalitionsfrage der Arbeiter zur Rede zu stellen, nicht vorübergreifen lassen würden, verstand sich von selbst. Die Herren Wurm und Singer aber werden sich nicht verbieben können, dass der Staatssekretär im Reichsamt des Innern dieses Mal aus dem Wortgesetze mit Ehren hervorgegangen ist. Sehr treffend war seine Bemerkung, wenn der Erlass der Socialdemokratie eine so vortreffliche Wahlparole gebe, so sei die Ausregung der Herren nicht ganz verständlich; er würde dann eher Dank als Angriffe. Ein wesentlicher Punkt blieb freilich ganz außer Betracht. Niemand wird die Ausschreitungen bei Streiks, wie die Verhinderung arbeitswilliger Arbeiter u. dgl. grundsätzlich billigen, aber daraus folgt noch nicht das Einverständnis mit Strafmaßregeln — Gesängnis nicht unter einem Monat in Einzelfällen oder nicht unter einem Jahr in „Gemeinschaftsfällen“ —, die in der Praxis allerdings eine bequeme Handgabe zur Verhinderung der Arbeiterbedürfnisse geben würden.

Herr v. Stumm war selbstverständlich mit den Anregungen des Grafen Posadowsky einverstanden. Aber schon die Ausführungen des behannlich freiwillig aus der conservativen Fraktion ausgetretenen Abg. Hüpeden ließen erkennen, dass selbst in conservativen Kreisen die Ansicht Boden gewinnt, dass die Gewährung von Corporationsrechten an die Arbeitervereinigungen ein wirksames Mittel ist, die bedauerlichen Ausschreitungen zu verhindern. Was diese fördert, ist gerade die lose Organisation der Arbeiter, die meist erst im einzelnen Falle zur Durchführung eines Streiks geschaffen wird. Nur in einem Punkte hat Graf Posadowsky wohl einen Fehlgriff, nämlich indem er „anständige“ Zeitungen angeingab, „vertrauliche“ Aktionstücher, die auf irgend eine Weise bekannt geworden sind, zu ignorieren. Zudem ist im vorliegenden Falle nicht einmal ersichtlich, weshalb das Rundschreiben vom 11. Dezember v. J. an die Regierungen vertraulich behandelt werden sollte. Das Rundschreiben muhlt, wenn es seinen Zweck erfüllen sollte, in so weiten Kreisen bekannt gemacht werden, dass es eher überraschend gewesen sein würde, wenn die Behandlung gelungen wäre.

Das „vertrauliche“ Schreiben des Grafen Posadowsky.

Dass der Geist des „Königs“ Stumm in unseren Regierungskreisen lebendig ungeht, hat sich in verschiedensten Thatsachen seit dem Abgange des Herrn v. Berlepsch offenbart. Mit einem Kopfschütteln hat man schon die Erklärung des Grafen Posadowsky im Reichstage, die social-reformatorische Politik der Regierung sei keineswegs auf dem „tödten Punkte“ angekommen, aufgenommen. Und nun der „vertrauliche Erlass“, der auf das Redaktionspult des „Vormärz“ geslattert ist. Wie schon berichtet, wird in demselben eine Verschärfung der Strafbestimmungen des § 153 der Gewerbeordnung erörtert, welcher also lautet:

Wer andere durch anderen und körperlichen Zwang, durch Drohungen, durch Ehrverleugnung oder durch Verurteilung bestimmt oder zu bestimmen versucht, an solchen Verabredungen (Streiks) Theil zu nehmen oder ihnen Folge zu leisten oder andere durch gleiche Mittel hindern zu lassen, wird mit Gefangenung bis zu drei Monaten bestraft, sofern nach dem allgemeinen Strafgesetz nicht eine härtere Strafe eintritt.

Da das Schreiben in der nächsten Zeit die öffentliche Diskussion noch oft beschäftigen dürfte, so wollen wir einige der in demselben behandelten Fragen ausführlicher als dies in dem telegraphisch übermittelten Auszuge möglich war, wiedergeben.

Die Ministerien sollen dem Reichsamt des Innern vertrauliche Aeußerungen zukommen lassen über nachstehende Fragen:

Ist gegenwärtig eine Wiederaunahme der in der Gewerbeordnungsvolle vom Jahre 1890 zu § 153 gemachten Abänderungs-Vorschläge geboten, und zwar sowohl zur Erweiterung der strafbaren Thatbestände, als auch zur Verschärfung des in Anwendung zu bringenden Strafmaches?

Ist es häufiger unternommen worden, Arbeiter durch Anwendung körperlichen Zwanges, durch Drohung, Ehrverleugnungen oder Verurteilungen zur Einstellung der Arbeit zu bestimmen oder an der Aufnahme oder Fortsetzung der Arbeit zu hindern, ohne dass es sich dabei nachweislich um Verabredung und Vereinigungen der im § 152 bezeichneten Art handelt? Sollte in derartigen Fällen eine Bestrafung nach den allgemeinen Strafgesetzen stattfinden oder musste eine Bestrafung unterbleiben, weil der § 153 der Gewerbeordnung unanwendbar war?

Hat sich das im § 153 vorgesehene Strafmaß als ausreichend erwiesen, um auch schwerere Fälle der dort bezeichneten widerrechtlichen Einmischung aus andere zur Durchführung von Arbeitseinstellung, Ausspaltung etc. ausreichend zu sühnen?

Waren in den letzten Jahren häufig Arbeits-Einstellungen mit Contractbruch der Arbeiter verbunden und war in solchen Fällen vorher zur Einstellung der Arbeit öffentlich aufgerufen worden? War eine Bestrafung nach § 110 des Strafgesetzbuches unmöglich?

Gind weitere gesetzliche Maßnahmen in Ansicht zu nehmen, um bei grundäthlicher Aufrechterhaltung der Coalitionsfreiheit der Anwendung unerlaubter Mittel zur Durchführung der Kämpfe um Lohn- und Arbeitsbedingungen entgegenzutreten?

Befreit insbesondere nach den vorliegenden Erfahrungen ein Bedürfnis, bei Ausständen arbeitswillige Personen gegen den Terrorismus der Ausständigen und Agitatoren bestreit zu führen und diejenigen zu strafen, welche, um andere von der Aufnahme oder Fortsetzung der Arbeit abzuhalten, Posten ausstellen, Arbeitsstellen, Zugänge zu den selben, öffentliche Straßen und Plätze (Bahnhöfe, Hafenplätze) überwachen; arbeitswillige durch Reden oder Thätschkeiten bestäuben, ihnen das Arbeitsgericht rechtswidrig vorbehalten oder beiseite schaffen?

Was nach einer Änderung der Gesetzgebung in diesem Sinne noch von der Coalitionsfreiheit übrig bleiben würde, ist unschwer zu errathen. Die Veröffentlichung des Rundschreibens ist für die Wahlagitation nicht ohne Bedeutung. Die Coalitionsfreiheit der Arbeiter wird „grundäthlich“ gewahrt, aber jeder Schritt zur Durchführung einer Coalition, selbst die öffentliche Aufforderung zur Theilnahme an derselben, möchte Graf Posadowsky unter Strafe stellen.

Die Strahlenkundgebungen gegen Jola
mehren sich in Paris und anderen Städten Frankreichs von Tag zu Tag und nehmen einen immer bedrohlicheren, feindseligeren Charakter an. Gestern Nachmittag fanden in der Seinestadt wieder mehrere Demonstrationen statt, darunter zwei erheblichere in der Rue Montmartre und auf dem Boulevard der Rue Drouot, woselbst eine

aus Tausenden Studenten und zahlreichen Neugierigen zusammengesetzte Menge „Tod den Juden“ und Pfuirufe auf Jola ausriesen. Die Polizei zerstreute die Menge und nahm sieben Verhaftungen vor. Im Hinweis auf diese einen immer gröheren Umfang annehmende Bewegung erklärt der Abg. Lonnemann im „Rappel“, dass eine Revision des Prozesses absolut sicher scheine. Doch handle es sich nicht mehr um die Freiheit eines Einzelnen, sondern um die allgemeine Freiheit, die durch eine an den Boulangismus erinnernde Agitation bedroht sei. Eine neue boulangistische Bewegung hat in der gestrigen Kammer sitzung auch der Ministerpräsident Méline das Vorgehen der Gegner Jolas genannt. Ueber den Verlauf dieser Sitzung wird uns heute noch Folgendes telegraphiert:

Paris, 18. Jan. (Tel.) Seinen bereits gemeldeten Ausführungen fügte Ministerpräsident Méline noch hinzu: „Die Politik der Bevölkerung habe nach innen sowohl wie nach außen sehr gute Erfolge erzielt. Die Regierung fordert von der Rüge der Kammer, dass sie ein Ende mache mit der übertriebenen Agitation. Méline schloß seine Ausführungen, indem er auf die Ehre der Armee und die Achtung vor dem Richterstande hinwies und das Vertrauen der Kammer forderte. (Beifall.)

Cavaignac hielt es für unzulässig, dass der Kriegsminister schwiege in dem Augenblicke, in welchem die Armee angegriffen werde. Laverdun brachte den Antrag ein, die Berathung der Interpellation Cavaignacs um einen Monat zu verschieben. (Lebhafte Erregung.)

Die Verlängerung um einen Monat wurde mit 277 gegen 219 Stimmen abgelehnt.

Perier de Larcan beantragte, die Besprechung der Interpellation bis zur Erledigung der bereits vorgenommenen Tagesordnung zu vertagen. Cavaignac bekämpfte die Verlängerung und tadelte Méline, dass er nicht seine Ansicht ausspreche. (Méline rief dazwischen „Ich will sie nicht aussprechen!“) Cavaignac bestand auf sofortiger Besprechung. Méline schloß sich dem Antrage Perier de Larcan an und wies darauf hin, wie unpolitisches es wäre, eine Agitation weiter zu unterhalten, welche schon zu lange gewährt hatte. Méline fügte hinzu, sollte die Kammer sich für loslöstige Berathung aussprechen, dann würde das Cabinet demissionieren. (Lebhafte Erregung.) Der Antrag Perier de Larcan wurde hierauf, wie bereits gemeldet, mit 310 gegen 252 Stimmen angenommen. Die Sitzung wurde geschlossen.

Die größte Demonstration, die bis jetzt stattgefunden hat, war die schon seit mehreren Tagen geplante Versammlung, die gestern Abend im Livoli-Bauhall in Paris stattfand; es wird uns darüber aus telegraphischem Wege gemeldet:

Paris, 18. Jan. (Tel.) Das große Meeting im Livoli-Bauhall hatte eine beträchtliche Menschenmenge herbeigeführt. Etwa 1800 Personen waren im Saale, ebenso viele befanden sich draußen; es herrschte eine lebhafte Erregung, welche durch die Camelots genährt wurde. Zur Aufrechterhaltung der Ordnung waren außergewöhnliche Maßnahmen getroffen. Die benachbarten Straßen waren mit Mannschaften der Garde républicaine zu Fuß und zu Pferde dicht besetzt. Jeden Augenblick wuchs die Menge, auch das Polizeiaufgebot wurde beständig vermehrt.

Als der Saal bereits gefüllt war, drängte sich durch eine eingeschlossene Seitenhalle eine Menschenmenge herein. Unter der hoch erregten Menschenmasse waren auch Anarchisten zugegen. Von allen Seiten ertönten Rufe: „Nieder mit Jola, hoch die Commune, es lebe das Heer, es lebe die sociale Revolution!“ Durch Jura wurden Rocafort und Drumont zu Ehrenpräsidenten gewählt. In Folge vereinelter Hoarufe auf die Juden entstand eine Schlägerei, bei der einer der Beisitzer des Präsidiums verletzt wurde. Zum Präsidenten der Versammlung wurde Guérin gewählt.

Vor dem „Libre Parole“ wurden gestern Abend Manifestanten durch die Polizei zerstreut. Fünf von ihnen sind verhaftet. Vor dem Cercle militaire setzte der Deputierte Millevoye Rundgebungen zu Gunsten des Heeres durch. Auch die Studenten manifestierten an verschiedenen Stellen.

In vielen Städten der Provinz sind ebenfalls antisemitische Kundgebungen gemeldet. In Clermont Ferrand, Grenoble und Bourdeaux verbreitete die Menge Zeitungen, die gegen Dreyfus eintraten, und rief: „Psui Jola, Tod den Juden!“

Über Demonstrationen aus anderen Städten liegen folgende Drahtmeldungen vor:

Marseille, 18. Jan. (Tel.) Etwa 3000 Personen veranstalteten unter den Fenstern des Offizier-Casinos Kundgebungen und riefen wiederhol: „Es lebe die Armee!“ Auch Blumensträuße wurden dort niedergelegt. Die Offiziere erschienen auf dem Balkon und riefen: „Es lebe Frankreich!“ Die Fahnen wurden gesenkt, um die Menge zu grüßen.

Eine Schaar von Studenten und jungen Leuten durchzog die Straßen unter den Rufen: „Nieder die Juden! Psui Jola!“ Vor den Häusern der Blätter standen Beifallsäuberungen statt. Dann trennte sich die Menge ohne besondere Zwischenfall. Eine besondere Truppe zertrümmerte die Spiegelscheiben an Läden, welche Juden gehörten. Gruppen von Tausenden von Manifestanten riefen vor den Geschäftshäusern, die im Besitz von Israeliten sind: „Nieder mit den Juden, Tod den Juden!“ Der Strassenverkehr war unterbrochen.

Nancy, 18. Jan. (Tel.) Etwa 300 Studenten durchzogen Abends die Straßen unter Psuifuren auf Jola, die Juden und Dreyfus und machten vor der Synagoge eine Kundgebung. Dann wurden sie zerstreut, sechs Verhaftungen wurden vorgenommen, aber nicht aufrecht erhalten.

Lyon, 18. Jan. (Tel.) Studenten veranstalteten vor dem „Journal du peuple“, welches für Jola Partei genommen hatte, Kundgebungen und zertrümmerten die Fensterscheiben des Hauses. Das Personal des Hauses lehnte sich zur Wehr. Einige Studenten wurden durch Glasschläge und Steinwürfe verwundet.

Paris, 18. Jan. (Tel.) Das Regierungsorgan „Goir“ schreibt: Jola beabsichtigt als Zeugen den deutschen Botschafter in Paris Grafen Münster und den italienischen Botschafter Grafen Tornielli namhaft zu machen und ihre eidliche Vernehmung darüber zu beantragen, dass Dreyfus weder mit Deutschland noch Italien Beziehungen gehabt habe. (Graf Münster hat sich bekanntlich schon vor Einleitung des Esterhazy-Prozesses zu dieser eidesstattlichen Versicherung dem französischen Amtsminister gegenüber bereit erklärt.) Dies

scheint die Hauptursache der Verzögerung der Einleitung des Prozesses zu sein.

Die Demonstrationen gegen General Blancs.

Dem Reuter'schen Bureau wird über Leywest aus Havanna über die dortige Lage gemeldet: Nach den letzten, drei Tage dauernden Unruhen ist die Ordnung einigermaßen wiederhergestellt. 5000 Mann regulärer Truppen sind von außerhalb angekommen, um die Stadtpolizei zu verstärken. Den Aufrührern war freier Lauf gelassen worden; ohne, dass die Behörden dazwischentraten, riefen sie: „Nieder mit Blanco und der Autonomie“ und „Hoch Weyler!“ Die Offiziere, welche am Mittwoch die Räume der autonomefreudlichen Blätter überstiegen, erfreuen sich der Sympathie der Freiwilligen. Die Regierung wagt nicht, sie dem Kriegsgericht zu überliefern. Einige hundert Personen sieben Mittwoch Nacht vor dem Palais die Rufe aus: „Tod Blanco und der Autonomie!“

Da das fünfte Freiwilligenbataillon, welches die Garnison des Palais bildet, offenbar mit den Schreinen sympathisiert, so hatten die Offiziere Schwierigkeiten, eine feindselige Haltung derselben zu unterdrücken. Der amerikanische Consul Lee schickte eine Botschaft an Blanco und erklärte, er werde ein Kriegsschiff zu Hilfe rufen bei dem ersten Falle, in welchem Leben und Eigenthum eines Amerikaners angegriffen worden sei. Blanco antwortete, Spanien könne die Ordnung ohne Hilfe von außen aufrecht erhalten. Die Offiziere der Freiwilligen machen kein Geheimnis aus ihrer Absicht, die Abberufung Blancos durchzusetzen zu wollen. Am Freitag und die letzte Nacht rief überall die Menge „Es lebe Spanien und Weyler!“

Nach einer neueren Depesche aus Havanna hat der verhaftete Picou in Santa Clara, nicht in Havanna einen Mordversuch gegen den Präfekten gemacht. Nicht Marschall Blanco, sondern der commandirende General in Santa Clara bewirkte die Verhaftung des Attentäters.

Rußland und England in Ostasien.

Gegenüber den in diesen Tagen in Petersburg stark verbreiteten Gerüchten, dass in Port Arthur mehrere englische Schiffe eingelaufen seien und Port Arthur selbst als Freihafen erklärt worden sei, erklärt die Petersburger „Nowoje Wremja“, dass beides unbegründet ist. Das Blatt führt dann fort:

Im Dezember v. J. zeigten sich auf der dortigen Außenhude die englischen Schiffe „Daphne“ und „Iphigenia“, aber nur auf kurze Zeit. Demonstrationen anderer Flottengeschwader irgend einer Macht sind nicht erfolgt und konnten wegen ihrer Zwecklosigkeit auch gar nicht erfolgen. Russische Schiffe unter dem Commando des Admirals Reumont lagen nach wie vor vor Port Arthur, woselbst sich nur noch zwei chinesische Panzerschiffe befinden. Die Lage im fernen Osten ist seit dem Anfang des Dezember überhaupt unverändert. Wenn englische Schiffe demonstrirend vor Chemulpo erschienen sind, so konnte der Zweck nur sein, die Rechte des Engländer Brown zu wahren, welcher einen Vertrag mit der koreanischen Regierung abgeschlossen hat, aber keineswegs eine Prävention wegen Einmischung in die inneren Angelegenheiten Koreas zu bekunden. Seit dem Herbst vorigen Jahres hat der König von Korea den „Euer eines Kaisers“ angenommen. In dieser Würde wurde der König von Korea zuerst von Russland, dann von den anderen Mächten anerkannt.

Am meisten rechnen die Engländer wohl auf einen Erfolg in Sachen der chinesischen Anleihe, welche ihnen unzweifelhaft Nutzen bringen würde. Sie würden dabei neue Concessions und Privilegien in China erlangen und Japan die Möglichkeit gewähren, die Kriegscontribution von China sofort zu erhalten und sofort die japanischen Schiffe, welche auf englischen Werften bestellt sind, zu bezahlen. Dadurch würde die japanische Kriegsflotte gestärkt werden, was für England vorteilhaft wäre. Der Artikel schließt: China wird sich jedoch, wie es scheint, nicht Schulden aufzubürden, damit Japan in England Panzerjäger kaufen kann.

Über den leichten Aufenthaltsort der russischen Kriegsflotte in Ostasien berichtet der amtliche „Kronstadtish-Wiehnik“: In Tschiu liegt das Kanonenboot „Koretsch“, in Chemulpo das Kanonenboot „Mandschur“ und der Kreuzer „Sabiaka“. In Wladiwostok 2 Torpedobooten „Wissabnik“ und „Gaidamak“. Sechs Kreuzer sowie 3 Kanonenboote befinden sich theils in Port Arthur, theils in Taliwan-Wan.

Deutsches Reich.

F. Berlin, 17. Jan. Ein Beliebigungsprozess gelangt morgen vor den Grafenmuseum des königl. Landgerichts Berlin I zur Berathung. Einige Zeit, nachdem General v. Podbielski zum Staatssekretär des Reichspostamtes berufen war, ging die Nachricht durch die Presse, der Herr Staatssekretär habe, um sich über den inneren Dienst bei den Postanstalten zu informieren, bei dem in der Beuthstraße belegenen Postamt 19 unerkannt Beobachtungen ange stellt. Diese Beobachtung des neuen Staatssekretärs hob die „Staatsb.-Btg.“ lobend hervor. Gleich darauf erschien in verschiedenen Zeitungen die Nachricht, die Oberpostdirektion habe an sämmtliche Postanstalten Berlins Photographien des Herrn Staatssekretärs vertheilen lassen, damit die Beamten sich die Gesichtszüge des neuen Chefs einprägen.

In Folge dieser und anderer Nachrichten brachte die „Staatsb.-Btg.“ vom 8. September 1897 einen Artikel, in welchem sie erklärte, der durch die Presse laufende Artikel eines Berliner Berichterstatters, der sich gegen die Harun al Raschid-Rolle des Herrn v. Podbielski wendet, sei von dem Postinspektor Wahle im Auftrage der Oberpostdirektion inspiriert. Die „Staatsb.-Btg.“ hatte dazu bemerkt, dass sie es für sonderbar halte, dass eine Behörde einen Berichterstatter zum Wege stelle. Namentlich Stralsburg führt dillere Lage und auch die aus Mehl, Köln, Magdeburg, Spandau, Thorn, Posen, Germersheim, Ingolstadt laufen ähnlich. Am meisten Grund zur Beschwerde aber hat Mainz, das von dem Amtsministerium wenig Entgegenkommen erfährt, wie auch in der Denkschrift des Mainzer Oberbürgermeisters betont ist.

* [Lohnbewegung im Baugewerbe.] Da eine außerordentlich große Lohnbewegung im Baugewerbe in diesem Jahre zu erwarten ist, wird in einem Aufruf des Vorstandes des Centralverbandes der Maurer bestätigt, es wird mitgeteilt, dass in wenigstens 250 Orten die Collegen versuchen werden, eine Verbesserung ihrer Lage herbeizuführen, über 80 Orte seien schon bekannt, wo bereits die Collegen Forderungen an die Unter-

daher für sämmtliche Behauptungen den Beweis der Wahrheit führen können. Er beantragt deshalb, den Termin zu verlängern und zu dem neuen Termin als Zeugen zu laden: den Staatssekretär des Reichspostamts, Exzellenz v. Podbielski, den Ober-Postdirektor, Geh. Ober-Postrat Griesbach, den Postinspektor Wahle, den Chefredakteur Vollrath, den Chefredakteur Dr. Friedrich Lange und den Zeitungsberichterstatter Alfred Lange. Seitens des Staatsanwalts wurde beantragt, auch die Posträthe Buschow und Wabner als Zeugen zu laden. Da sich außerdem ergeben hat, dass Berichterstatter Lange den Ober-Postdirektor Griesbach wegen Beleidigung verklagt hat, so ist vom Rechtsanwalt Ulrich auch die Vorlegung dieser Akten beantragt worden.

* [Ein Gruss vom Prinzen Heinrich.] Der Reichspostdampfer „Friedrich der Große“, Capitän Eichel, welcher gegenwärtig auf der Heimreise begriffen ist, passierte aus hoher See das nach China entsandte deutsche Kriegsschiff „Deutschland“ mit dem Prinzen Heinrich an Bord. Beim Annähern des Kriegsschiffes ließ Capitän Eichel von seiner Musikkapelle das Lied „Deutschland, Deutschland über Alles“ spielen und kräftige Hurrahs gingen von Bord zu Bord. Auf der „Deutschland“ waren die Mannschaften an Deck aufmarschiert, und an ihrer Spitze stand Prinz Heinrich durch Schwenken seiner Mütze der Mannschaft des „Friedrich des Großen“ die freundlichsten Grüsse zu. Unter den Klängen des „Preußens“ entfernten sich beide Schiffe immer weiter von einander. „Friedrich der Große“ nach Westen, „Deutschland“ nach dem fernen Osten.

* [Ablehnung des Schweineeinfuhr-Verbots.] Die Herren vom Bunde der Landwirthe sind sich über die Absichten der preussischen Regierung befindend das Verbot der Einfuhr russischer Schweine und russischen Geflügels in authentischer Weise unterrichtet. In der Übersicht über die Entwicklungen der Staatsregierung auf Anträge und Resolutionen des Abgeordnetenhauses wird zu dem Beschluss des Abgeordnetenhauses vom 6. Februar 1897, der die Unterlagung jener Einfuhr forderte, kurzweg noch bemerkt: „Dem Antrag, die Einfuhr von russischem Geflügel und von russischen Schweinen nach Oberschlesien zu verbieten, ist nach eingehender Erwägung bisher nicht stattgegeben.“ Zu der weiteren Forderung, die Einfuhr von frischem Fleisch aus den Niederlanden zu unterlassen, wird bemerkt: Die Einfuhr wird im Zusammenhang mit der geplanten allgemeinen Fleischschau an der Grenze geregelt werden. Zu einem völligen Verbot dieser Einfuhr lag nicht genügender Anlass vor. Auch die Verlängerung der Quarantäne gegen das deutsche Vieh auf vier Wochen ist abgelehnt; dieselbe ist nach dem Stande der Seuche in Dänemark, dessen Inseln für jede Viehausfahrt gesperrt seien, nicht angängig.

nehmer gerichtet haben". 800 000 Mk. haben die Lohnkämpfe im Maurergewerk im vorigen Jahr gekostet, 195 000 Mk. sollen aus dem Central-Streikfonds bedeckt werden, der Rest sei zum größten Theile den Lokalkassen der Zahlstellen entnommen, oder von den Mauern, die während des Streikes zu den neuen Bedingungen arbeiten, aufgebracht worden. Der Centralvorstand fordert nun angesichts der zu erwartenden außergewöhnlich großen Lohnkämpfe die Maurer auf, mit der Ausbringung der Gelder für den Streikfonds spätestens mit dem 1. März zu beginnen.

* [Prozeß Jahnke.] In der Urteilsbegründung des Prozesses gegen den Betriebssekretär Richard Jahnke, gegen den (wie bereits gemeide) die kaiserliche Disciplinarkammer am Sonnabend auf Dienstentlassung und Auseinandersetzung der Kosten des Verfahrens erkannt hat, heißt es:

Der Gerichtshof ist nicht der Meinung, daß der Angeklagte auf Grund amtlicher Kenntnis dem Schröder die drei Briefe geschrieben hat. Wohl hat der Angeklagte dem Schröder von der gegen ihn eingestellten Untersuchung Mitteilung gemacht, nachdem er das von dem Bezirksamtmann v. Rhode ihm dictierte Protokoll geschriften hatte. Es ist aber nicht erwiesen,

dass der Angeklagte dem Schröder von dem Inhalt des Protokolls Kenntnis gegeben hat. Der Gerichtshof ist vielmehr der Meinung, daß der Angeklagte das, was er aus den privaten Gesprächen der Beamten entnommen, dem Schröder mitgetheilt hat. Es ist aber dabei zu berücksichtigen, daß die Beamten diese Gespräche nicht geführt und dem Angeklagten keinerlei Mitteilungen gemacht hätten, wenn derselbe nicht Beamter gewesen wäre. Der Gerichtshof ist daher der Meinung, daß den Angeklagten wohl nicht direct Amtsgeheimisse, so doch über Dinge verrathen hat, die er vermöge seiner Amtseigenschaft erfahren hatte. Der Angeklagte hat daher das in ihm als Beamter gesetzte Vertrauen verletzt. Er hat durch Mitteilungen an Schröder den Gang der Untersuchung zu durchkreuzen versucht und dadurch einen sogenannten Treubruch begangen. Der Angeklagte hat dies auch gewußt; er hätte sonst die zwei ersten Briefe nicht als "vertraulich" bezeichnet. Der Angeklagte hat sich daher durch Vergehen außer dem Amte der Achtung, die sein Beruf erfordert, unwürdig gemacht.

Der Gerichtshof hält aber auch die Darleheninnahme für eine grobe Tactlosigkeit. Dem Angeklagten waren die Anschuldigungen gegen Schröder bekannt, er durfte daher vor Schröder kein Darlehen annehmen, da er sich sagen mußte, daß er dadurch in ein mögliches Abhängigkeitsverhältnis zu Schröder kommen werde.

Bei der Strafummessung hat der Gerichtshof den groben Vertragsbruch und die große Tactlosigkeit des Angeklagten berücksichtigt. Der Gerichtshof ist der Meinung, daß der Angeklagte sich in einer Weise des in ihm gezeigten Vertrauens unwürdig gemacht hat, daß er nicht ferner mit einem Amte betraut werden kann. Es ist daher, wie geschehen, erkannt worden.

Bulgarien.

Sofia, 18. Jan. Die Fürstin von Bulgarien (geb. Marie Louise von Bourbon, Prinzessin von Parma) ist gestern von einer Prinzessin entbunden worden.

Bis jetzt erfreute sich das Fürstenpaar nur zweier Söhne, des Prinzen Boris, geb. 18. Januar 1894, und des Prinzen April, geb. 5. Januar 1895.

Danziger Lokal-Zeitung.

Danzig, 18. Januar.

Wetterausichten für Mittwoch, 19. Januar, und zwar für das nordöstliche Deutschland: Wolkig, teils heller. Strichweise Niederschläge. Frostig. Lebhafter Wind.

* [Die Errichtung einer technischen Hochschule in Danzig] wird jetzt auch in einer Zuschrift an die "Döss. Ztg." sehr warm empfohlen. Es heißt in derselben: Weit entfernt, Riel auch nur einen der Vorzüge, die es für eine technische Hochschule in sich birgt, schwärmern zu wollen, dürfen doch auch bei der Wahl eines Platzes die politischen Gesichtspunkte nicht ganz außer Acht gelassen werden. Der Verfasser geht nun auf die Geschichte Danzigs ein, das einst unter den 77 teils reichsunmittelbaren, teils von weltlichen und geistlichen Fürsten abhängigen Stadtgemeinden durch fast zwei Jahrhunderte von hervorragender Bedeutung in dem Bunde der deutschen Hanse war. Trotz der Jahrhunderte langen polnischen Schuhherrenschaft bewahrte sich Danzig seinen echt deutschen Charakter und nahm auch in unlesbarem psychologischen Zusammenhange hiermit 1523 die Reformation an. Auch alle die späteren Wirren, von denen Danzig bis zur endgültigen Eingliederung in das fest geordnete preußische Staatswesen heimgesucht war, haben in seiner deutschen Gesinnung und Gesitbung nichts zu ändern vermocht. Und jetzt ist es dazu berufen, seinen deutschen Charakter an der Spitze einer von polnischen Sonderbestrebungen durchwühlten Provinz nicht nur für sich zu bewahren, sondern auch auf die Bevölkerung Westpreußens und der Ostgrenzen unseres Vaterlandes zu übertragen. Wie könnte das erfolgreicher geschehen, als durch die Gründung einer technischen Hochschule inmitten dieser Provinz in seinen Mauern? Riel hat bereits seine Universität, seine Marineakademie, seine Werften; seine Schiffsbau-Industrie ist hoch entwickelt. Man gebe auch Danzig Gelegenheit zu einer kräftigeren Ausbreitung auf diesem Gebiete. Die neue technische Hochschule soll ja, ganz abgesehen von jeder Politik, nicht der Schiffbau-Industrie allein zu gute kommen; ihre wissenschaftlichen Ziele gehen weit über eine solde enge Begrenzung hinaus. An geistiger Anregung wird es in Danzig für die studirende Jugend nicht fehlen. Auch in Danzig würde sich die deutsche Schiffbau-Industrie noch viel kräftiger entwickeln können, wenn es unter dem bedeutenden Einfluß von Theorie und Praxis stände. Endlich gehört es in mercantiler Hinsicht zu den wichtigsten Seehandelsstädten Preußens und des Nordens überhaupt, und bleibt doch immer, wenn auch sein Handel die Blüte früherer Zeiten nicht wieder erreicht hat, der Hauptvermittler in unseren Beziehungen zu Russland.

* [Die Entwicklung des deutschen Schiffbaues.] Bei der Gewerbezählung vom 14. Juni 1895 sind 1130 Schiffsbaubetriebe mit 35 336 beschäftigten Personen ermittelt worden, während bei der vorigen Gewerbezählung am 5. Juni 1882 zwar 39 Betriebe mehr angetroffen wurden, welche jedoch nur 52 524 Personen beschäftigten. Die Zahl der beschäftigten Arbeiter ist demnach um 12 812 d. h. also um 56,9 Proc. gestiegen. Diese Steigerung kommt im wesentlichen den größeren Betrieben zu gute, da bei denjenigen, welche mehr als 50 Personen beschäftigen, die Zunahme der Arbeiter 70,2 Proc. (gegen 11,0 Proc. in kleineren Betrieben) betrugen hat. Rechnet man die 82 "Nebenbetriebe" ab, so kommen 1048 Schiffsbaubetriebe in Betracht. Von diesen entfallen

nur 58 Betriebe auf das Gebiet der Ostsee, während 135 Betriebe dem Nordseegebiet angehören, doch ist die Zahl der beschäftigten Arbeiter in beiden Gebieten ziemlich gleich, denn es stehen 13717 Arbeiter an der Ostsee, den 14 406 Arbeitern an der Nordsee gegenüber. Am stärksten vertreten sind die Schiffsbaubetriebe in der Stadt Hamburg, wo 68 Betriebe mit 5470 Arbeiter gezählt wurden, die Anzahl der Arbeiter wird aber noch übertroffen im Kreise Wittmund, in welchem die kaiserliche Werft zu Wilhelmshaven liegt. Dort sind 5816 Arbeiter gezählt worden, welche allerdings sich nur auf 5 Betriebe verteilen. Im Gebiete der Ostsee nimmt die erste Stelle der Stadt Aiel mit 6 Betrieben und 4928 Arbeitern (darunter die große kais. Werft) ein. An zweiter Stelle steht Danzig mit 7 Betrieben und 2789 Arbeitern. Erst in dritter Linie kommen die Schiffsbaubetriebe bei Stettin, welche sämtlich im Kreise Rostock liegen. Hier kommen auf 17 Betriebe 1825 Arbeiter. Bemerkenswerth ist der hohe Stand des Schiffbaus in Flensburg, wo in 4 Betrieben 1266 Arbeiter in Arbeit stehen.

* [Falsche Nachricht.] Ein hiesiger Correspondent, dessen Meldungen sich schon oft als recht phantastisch erwiesen haben, verbreite neute in mehreren Provincialorganen folgende Notiz:

Der Direction der hiesigen elektrischen Straßenbahn ist in Folge der in letzter Zeit vielfach vorgekommenen Unfälle eine Verfügung des Regierungspräsidenten zugegangen, welche die Einstellung eines Obercontroleurs fordert, der beiderseits die Aufsicht über den Betrieb unter sich hat. Es ist aber dabei zu berücksichtigen, daß die Beamten diese Gespräche nicht geführt und dem Angeklagten keinerlei Mitteilungen gemacht hätten, wenn derselbe nicht Beamter gewesen wäre. Der Gerichtshof ist daher der Meinung, daß den Angeklagten wohl nicht direct Amtsgeheimisse, so doch über Dinge verrathen hat, die er vermöge seiner Amtseigenschaft erfahren hatte. Der Angeklagte hat daher das in ihm als Beamter gesetzte Vertrauen verletzt. Er hat durch Mitteilungen an Schröder den Gang der Untersuchung zu durchkreuzen versucht und dadurch einen sogenannten Treubruch begangen. Der Angeklagte hat dies auch gewußt; er hätte sonst die zwei ersten Briefe nicht als "vertraulich" bezeichnet. Der Angeklagte hat sich daher durch Vergehen außer dem Amte der Achtung, die sein Beruf erfordert, unwürdig gemacht.

Die Direction der Danziger Straßenbahnen erfuhr uns um die Erklärung, daß ihr von der angegebenen "Verfügung des Herrn Regierungspräsidenten" nichts bekannt ist. Die Einstellung eines Obercontroleurs ist aus eigener Initiative der Gesellschaft und lediglich aus allgemeinen Betriebsrücksichten gehoben.

* [Verein zur Ausschmückung und Wiederherstellung der Marienburg.] Unter dem Vorsitz des Herren Oberpräsidenten v. Gohler stand heute im kleinen Saale des königl. Oberpräsidiums eine Vorsitzsitzung statt. Man beschloß zunächst, das der Witwe Siegmund gehörige, Droschl. Nr. 25 belegene Grundstück für einen angemessenen Preis anzukaufen. Dieses Grundstück bildet die lezte Lücke der in den Besitz des Marienburger Schlosses übergegangenen Grundstücke zwischen dem sogenannten "Dansker" und dem Hochmeisterschloß und ist unbedingt nothwendig zur Wiederherstellung der Verbindung zwischen dem Brückenthal und dem Hochschloß. Von den Generalvertretern der königl. Museen war ferner der Ankauf eines Antiphonars von vorzüglicher florentinischer Arbeit aus dem 15. Jahrhundert für den Preis von 15 Pfund Sterling empfohlen. Dasselbe war zur Ansicht eingereicht und man beschloß, es für den offiziellen Preis zu kaufen. Als dann wurden nur noch laufende geschäftliche Angelegenheiten erledigt.

* [Eindocking.] Einer kleinen Reparatur wegen wurde der Aviso "Blitz" heute Vormittag in das Trockendock der kais. Werft gebracht.

* [Stadttheater.] Durch die Krankheit des Herrn Ernst Arndt, dessen neulich bei einer Aufführung des "Geisha" eingetretenen Fühleiden noch nicht gehoben war, das Repertoire einige Veränderungen erhalten müssen. Für Donnerstag sind statt der "Geisha" die "Götzen von Corneville", für Freitag "Baftin und Bastienne" und "Das goldene Kreuz"; für Sonnabend "Die offizielle Frau" angezeigt. Sonntag Abend soll die neue Posse "Eine tolle Nacht" zur Aufführung kommen.

* [Geschäftsbetriebe der Stellenvermittler.] Die Klagen über die Ausnutzung der Arbeitnehmer durch die Stellen-Dermittler haben mehrere Landwirtschaftskammern — wie z. B. mitgetheilt, hat auch die ostpreußische Landwirtschaftskammer in ihrer letzten Sitzung einen solchen Beschluß gefasst — veranlaßt, an den Minister für Landwirtschaft das Gesuch zu richten, beim Reichskanzler eine Regelung des Geschäftsbetriebes der Stellen-Dermittler vom Reiche aus anzuregen. Nachdruck wird darauf gelegt, daß die Bestimmung getroffen wird, daß zum Geschäftsbetrieb der genannten die staatliche Concessionierung nötig sei. Weiter sollen sie die Verpflichtung erhalten, sich bei jeder dienst- oder arbeitsuchenden Person darüber zu vergewissern, daß diese nicht anderweitig contractlich gebunden ist; ob und wie weit sie sich diese Überzeugung vertraut haben, sollen ihre Geschäftsbücher nachweisen.

* [Bildungs-Verein.] Gestern Abend hatte der Bildungsverein einen lebhaft besuchten Unterhaltungsabend veranstaltet, in welchem das bereits bei dem Weihnachtsfeuer mit großem Erfolg gegebene Stück: "Ein Weihnachtstraum" wiederholt wurde. Ferner wirkte der gemischte Chor mit mehreren Liedern mit.

* [Goldene Hochzeit.] In St. Albrecht beging am Sonntag das Eisenbahnerbeiter Ephraim Drischke'sche Ehepaar die goldene Hochzeit. Die Einsegnung des noch rüstigen Paars fand in der dortigen Kapelle durch Herrn Pfarrer Orl statt, wobei dem Paare ein vom Regierungspräsidenten aus dem allerhöchsten Gnadenfonds bewilligtes Geschenk von 30 Mk. überreicht wurde.

* [Beschaffung.] Wie wir erfahren, ist die schon gemeldete Versetzung des Herrn Ober-Baurathes Reichs von der hiesigen Eisenbahn-Direction nach Posen bereits zum 1. Juli 1895 erfolgt. Als Nachfolger des Genannten ist Herr Ober-Baurath Koch von der Posener Eisenbahn-Direction hierher versetzt. Herr Ober-Baurath Koch war bis zum Eintritt der Neuordnung der Staats-eisenbahn-Verwaltung (1. April 1895) Director des früheren Eisenbahn-Betriebsamtes in Thorn.

* [Städtisches Leihamt.] Nach dem der heutigen Aufführung vorliegenden Abschluße pro Januar cr. betrug der Bestand 21 307 Pfänder beliehen mit 161 743 Mk. pro Dzbr. d. J. 21 307 Pfänder beliehen mit 161 743 Währ. d. laufen- den Monats sind hinzugekommen 4 126 " " " " 25 694 Davon sind in dieser Zeit ausgelöst resp. durch Auction ver- kauft 3 411 " " " " 22 374 so daß im Bestande 22 022 Pfänder beliehen mit 165 063

* [Versuchter Einbruchsdiebstahl.] Bei dem an Sandgruben- und Kaninchenberg-Ecke wohnenden Bäcker Herrn Chmke ist heute früh gegen 3 Uhr ein

Einbruch versucht worden. Die Einbrecher hatten eine in der zum Bäckereien führenden Thür befindliche Blechschleife durchbrochen und versuchten dann die Thür, in der sich der Schlüssel befand, von innen zu öffnen, als die unter dem Laden in der Bäckerei arbeitenden Gesellen den Einbruch merkten und die Diebe vertriebenen. Einer derselben, der scheinbar ganz harmlos vor dem Hause auf und abging, erhielt von den Gesellen erst einen sog. "Denzettel" und sollte dann einem in der Nähe wohnenden Schuhmann übergeben werden, doch gelang es ihm, zu entwischen. Inzwischen tauchte der andere Einbrecher, der sich im Fleisch gehalten hatte, auf, vertrieb einem der Bäckergesellen einen erheblichen Messerschnitt über die Backe und suchte dann ebenfalls das Weite. Man verfolgte ihn durch den Weggang bis zur Promenade, wo er aber im Dunkel der Nacht in den Anlagen entfloß. Bei der Flucht hatten die Spitzbuben eine gefüllte Liqueurflasche, sogenannt "Kropf", der auch anscheinend aus einem Diebstahl herührte, zurückgelassen.

* [Diebstahl.] Der oft bestrafte Arbeiter St. entwendete gestern aus dem Eingange des Fälschen Delicatesse-Geschäfts einen Haken und suchte sich mit demselben zu entfernen. Er wurde jedoch angehalten und vernichtet.

[Polizeibericht für den 18. Januar.] Verhaftet:

7 Personen, darunter 1 wegen Handhabung, 1 wegen Hausrübenbruchs, 1 wegen Diebstahls, 2 wegen Truandheit, 1 wegen Unfugs, 1 Bettler, 5 Obdachlose. Gefunden: 2 Paar Strümpfe, 1 Stockfisch, 1 schwarzer Muff, 1 Paar braune Winter-Trikothandschuhe, 2 weiße Taschenlümmer, 1 brauner Kindermantelkragen, 1 Schlüssel. — Schriftstück betreffend die früheren Verhältnisse des Dorfes Müggendorf, abzuholen aus dem Fundbureau der königlichen Polizei-Direction. Am 22. v. Mts. 1 Kosten mit Spielsachen, abzuholen aus dem Criminal-Bureau Ankerschmiedegasse; vor vierzehn Tagen 1 Kinderstühlen, abzuholen aus dem Bureau des 7. Po-izei-Kreises, zu Langfuhr. — Verloren: 1 goldenes Pince-nez, Kränchenkissenbuch und Quittungskarte des Arbeiters Johann Steinböl, 1 schwarze Schürze, abzugeben im Fundbureau der königlichen Polizei-Direction.

Aus den Provinzen.

y. Thorn, 17. Jan. Ein Morstreppenprojekt wurde heute vor der Kammer verhandelt; denn nicht weniger als 28 Personen betrafen die Anklagebank.

22 Frauen von Arbeitern, Kämmern und Handwerkern, sowie ein Arbeiter und ein Knabe aus Podgorz und Umgegend standen unter der Anklidgebung des Vergehens gegen § 291 des Strafgesetzbuches: sich auf dem hiesigen Artillerieschießplatz bei den Übungen verloren gegangene Munition widerrechtlich angeeignet und verkauft zu haben. Ferner waren der Befürer Gustav Scharnau, dessen Ehefrau Constantia, der Händler John Nag Besbroda und der Händler David Mendelsohn aus Podgorz der gewerbsmäßigen Hählerie an der gestohlenen Munition beschuldigt. Die Beweisaufnahme ergab, daß Mendelsohn und Besbroda mit den Scharnau'schen Cheleuten ein Abkommen getroffen hatten, verschossene Munition, welche Leute auf dem Artillerieschießplatz gesammelt, aufzukaufen, um sie ihnen weiter zu liefern. Zur Bezahlung der Leute erhielten die Scharnau einen Droschuk. Sie zahlten den Leuten dieselben Preise wie die Schießplatz-Verwaltung. Das Geschäft wurde Monate lang planmäßig ganz schwungvoll betrieben.

Die Gerichtshof erkannte wegen gewerbsmäßiger Hählerie gegen die genannten vier Personen auf Zuchthaushaftstrafe, nämlich gegen den Befürer Scharnau und Mendelsohn auf je 2 Jahre und gegen Frau Scharnau und Besbroda auf je 1 Jahr. Die anderen 24 Angeklagten erhielten Gefängnisstrafen von 3 Tagen bis zu einer Woche.

Königsberg, 16. Jan. Herr Oberpräsidialrat Dr. Maubach wird in nächster Zeit aus seiner hiesigen Wirksamkeit ausscheiden. Wie die "Ag. Hart. Ztg." meldet, wurde vor einer Woche von der "Ag. Hart. Ztg." colportiert, und zwar mit der Begründung, daß der Herr Oberpräsidialrat Maubach und dem Herrn Oberpräsidialrat Graf Bismarck zu ernstlichen Differenzen gekommen sei, die eine Aenderung der Lage nach irgend einer Richtung hin als unumgänglich notwendig erscheinen ließen. Weite Kreise in Stadt und Provinz werden, fügt die genannte Zeitung hinzu, das Scheiden des Herrn Oberpräsidialrats Maubach mit diesem Bedauern aufnehmen. Oberpräsidialrat wurde Herr Dr. Maubach, der bis dahin in Johannisburg Landrat gewesen war, unter v. Schlieemann im Jahre 1890. Gelegentlich der Jubelfeier ernannte ihn die Albertus-Universität zum Dr. iur. hon. causa.

b. Insterburg, 17. Jan. Ein Fall grober Auskreuzungen zweier Gendarmen gegen einen in Haft befindlichen Knecht hat hier in der letzten Kammerversammlung die gerichtliche Bestätigung gefunden. Im Juni vorigen Jahres verhafteten die Gendarmen Terner von hier und Weber - Georgenburg auf einer Baustelle den Anecht Brozulat wegen des Verbautes, einen Diebstahl begangen zu haben. In der Hoffnung stellten die Gendarmen mit B. ein Verhör an. Als B. die That leugnete, rief Terner ihn an einem Ohr, während Weber ihm das Gesicht mit Faustschlägen so bearbeitete, daß er stark blutete. Nach dieser That schlug den beiden Sicherheitsbeamten wohl etwas das Gewissen. Weber holte eine Schüssel mit Wasser herbei und versuchte den Anecht, die Blutspuren zu beseitigen; das gelang indessen nur sehr unvollständig. Der Redakteur Gustav Luhde, welcher diesen Fall in der "Ag. Hart. Ztg." zur Kenntnis der Leser brachte, stand nun vor der Kammer unter der Anklage, die beiden Gendarmen beleidigt zu haben. Der Gerichtshof kam auf Grund der Aussagen des Anechtes B. sowie anderer Zeugen zu der Überzeugung, daß die in der betreffenden Notiz vorgebrachten Behauptungen in allen wesentlichen Punkten den Thatsachen entprochen haben und sprach den Redakteur kostenlos frei. Man ist gespannt darauf, welche weiteren Folgen diese Verhandlung haben wird.

* [Bermijores.] Wie wir erfahren, ist die schon

gemeldete Versetzung des Herrn Ober-Baurathes Reichs von der hiesigen Eisenbahn-Direction nach Posen bereits zum 1. Juli 1895 erfolgt. Als Nachfolger des Genannten ist Herr Ober-Baurath Koch von der Posener Eisenbahn-Direction hierher versetzt. Herr Ober-Baurath Koch war bis zum Eintritt der Neuordnung der Staats-eisenbahn-Verwaltung (1. April 1895) Director des früheren Eisenbahn-Betriebsamtes in Thorn.

* [Bermijores.] Wie wir erfahren, ist die schon

gemeldete Versetzung des Herrn Ober-Baurathes Reichs von der hiesigen Eisenbahn-Direction nach Posen bereits zum 1. Juli 1895 erfolgt. Als Nachfolger des Genannten ist Herr Ober-Baurath Koch von der Posener Eisenbahn-Direction hierher versetzt. Herr Ober-Baurath Koch war bis zum Eintritt der Neuordnung der Staats-eisenbahn-Verwaltung (1. April 1895) Director des früheren Eisenbahn-Betriebsamtes in Thorn.

* [Bermijores.] Wie wir erfahren, ist die schon

gemeldete Versetzung des Herrn Ober-Baurathes Reichs von der hiesigen Eisenbahn-Direction nach Posen bereits zum 1. Juli 1895 erfolgt. Als Nachfolger des Genannten ist Herr Ober-Baurath Koch von der Posener Eisenbahn-Direction hierher versetzt. Herr Ober-Baurath Koch war bis zum Eintritt der Neuordnung der Staats-eisenbahn-Verwaltung (1. April 1895) Director des früheren Eisenbahn-Betriebsamtes in Thorn.

* [Bermijores.] Wie wir erfahren, ist die schon

gemeldete Versetzung des Herrn Ober-Baurathes Reichs von der hiesigen Eisenbahn-Direction nach Posen bereits zum 1. Juli 1895 erfolgt. Als Nachfolger des Genannten ist Herr Ober-Baurath Koch von der Posener Eisenbahn-Direction hierher versetzt. Herr Ober-Baurath Koch war bis zum Eintritt der Neuordnung der Staats-eisenbahn-Verwaltung (1. April 1895) Director des früheren Eisenbahn-Betriebsamtes in Thorn.

* [Bermijores.] Wie wir erfahren, ist die schon

Bekanntmachung.

Zum Verkauf des im Forstlauf befindlichen Holzes
 1. 5 Räummeter erlen Aboben,
 2. 47 " Knüppel,
 3. 9 " Keifer 1. Klasse,
 4. 2 hiefern Stangen 1. Klasse (Flaggenstangen),
 5. 20 " 2. Klasse (Leiterbäume),
 6. 6 Räummeter Ruhholz 2. Klasse,
 7. 400 " hiefern Aboben,
 8. 100 " Knüppel,
 9. 90 " Glöcke,
 10. 150 " Keifer 1. Klasse,
 11. 27 " (darunter Stangenreiste),
 12. 16 " Keifer 2. Klasse,
 13. 16 " (theilweise Bohnenstangen),
 14. 16 " Keifer 3. Klasse.
 an die Meistbietenden gegen baaer Zahlung steht ein Termin auf
 Dienstag, den 25. Januar er., Vormittags 10 Uhr,
 im Gathaus des Herrn Mantefuß in Heubude an, zu welchem
 Kauflustige eingeladen werden.
 Danzig, den 15. Januar 1898.

Die städtische Forstdéputation.

Bekanntmachung.

Behufs Verklärung der Seunfälle, welche der eiserne Dampfer „Cairo“, Capitain Bearpark, aus Hull, auf der Reise von Hull über Stettin nach Danzig erlitten hat, haben wir einen Termin auf den

19. Januar 1898, Vormittags 10½ Uhr,

in unserem Geschäftshause, Pfefferstadt Nr. 33–35 (Gesäßbäude), anberaumt

Danzig, den 18. Januar 1898.

Königliches Amtsgericht X.

Die Stelle eines Haupitlehers an unsern Volksschulen ist am 1. April 1898 neu zu besetzen.

Nach der Bevölkerungsordnung beträgt das Gehalt der Haupitlehre: 1. Grundgehalt 1500 M.
 2. 9 Alterszulagen von je 170 M.
 3. Freie Dienstwohnung ob. Mietzehnschädigung von 360 M.
 4. Für den Fall der Überverfügung freier Dienstwohnung wird auch freie Heizung im Werthe von 100 M. gewährt.

Bewerber, welche die Rektorsprüfung abgelegt haben, ersuchen wir, ihre Meldungen unter Beifügung eines Lebenslaufs und der Zeugnisse bald an uns einzureichen.

Elbing, den 12. Januar 1898.

Der Magistrat.

Bekanntmachung.

Die Chausseegeldhebestelle Nienowalde soll vom 1. April d. Js. ab anderweit verpachtet werden. Hebebefugnis 1½ Meilen. Die Pacht betrug in den letzten Jahren 1600 M. Pachtcaution ¼ der Jahrespacht. Sonstige Bedingungen sind im diesseitigen Kreis-Ausfuhr-Bureau einzusehen bzw. gegen Einwendung von 30 S. Schreßgebühren von demselben zu beziehen.

Vertragte Oefferten, mit entsprechender Aufschrift versehen, sind bis zum 1. Februar d. Js. hierher einzusenden.

Hofenberg, den 10. Januar 1898.

Kreis-Chaussee-Verwaltungs-Commission.

Bekanntmachung.

Zufolge Verfügung vom 13. Januar 1898 ist an demselben Tage die in Raitkau bestehende Firma Heimann Hoffmann, eingetragen unter Nr. 120 des Handelsregisters, gelöscht worden.

Dirschau, den 13. Januar 1898.

Königliches Amtsgericht.

Zwangsvorsteigerung.

Im Wege der Zwangsvollstreckung soll das im Grundbuche von Neufahrwasser, Blatt 179, auf den Namen der Bierverleger Carl und Maria, geb. Krüger-Siebert'schen Cheleute eingetragene, in Neufahrwasser belegene Grundstück

am 5. April 1898, Vormittags 10 Uhr,

vor dem unterzeichneten Gericht, an Gerichtsstelle, Pfefferstadt, Zimmer Nr. 42, versteigert werden.

Das Grundstück ist mit einer Fläche von 0,611 Hektar zur Grundsteuer, mit 450 M. Nutzungsverhältnis zur Gebäudesteuer veranlagt.

Die nicht von selbst auf den Erstehern übergehenden Ansprüche, insbesondere Zinsen, Kosten, wiederkehrende Hebungen, sind bis zur Aufforderung zum Bie. anzumelden.

Das Urteil über die Ertheilung des Zuschlags wird

am 5. April 1898, Mittags 12½ Uhr,

an Gerichtsstelle ebenda verkündet werden.

Danzig, den 10. Januar 1898.

Königliches Amtsgericht XI.

Zwangsvorsteigerung.

Im Wege der Zwangsvollstreckung soll das im Grundbuche von Thorn Altstadt, Band 9, Blatt 258, auf den Namen des (verstorbenen) Handelsmannes Jacob Joseph eingetragene, in der Stadt Thorn, Böckstraße 45 und Grabenstraße, 26 belegene Grundstück (a. Wohnhaus nebst Seitengebäude mit Hofraum, b. Hinterhaus)

am 5. April 1898, Vormittags 10 Uhr,

vor dem unterzeichneten Gericht — an Gerichtsstelle — Pfefferstadt, Zimmer Nr. 42, versteigert werden.

Das Grundstück ist mit einer Fläche von 0,549 Hektar zur Grundsteuer, mit 1276 M. Nutzungsverhältnis zur Gebäudesteuer veranlagt.

Die nicht von selbst auf den Erstehern übergehenden Ansprüche, insbesondere Zinsen, Kosten, wiederkehrende Hebungen, sind bis zur Aufforderung zum Bie. anzumelden.

Das Urteil über die Ertheilung des Zuschlags wird

am 5. April 1898, Mittags 12½ Uhr,

an Gerichtsstelle ebenda verkündet werden.

Danzig, den 10. Januar 1898.

Königliches Amtsgericht XI.

Zwangsvorsteigerung.

Das Verfahren der Zwangsvorsteigerung des dem Mühlensitzer Paul Frankius zu Brentau gehörigen Grundstücks Brentau Blatt 4B und die Termine am 9. und 10. März 1898 werden aufgehoben.

Danzig, den 14. Januar 1898.

Königliches Amtsgericht XI.

Zwangsvorsteigerung.

Im Wege der Zwangsvollstreckung soll das im Grundbuche von Thorn Altstadt, Band 9, Blatt 258, auf den Namen des (verstorbenen) Handelsmannes Jacob Joseph eingetragene, in der Stadt Thorn, Böckstraße 45 und Grabenstraße, 26 belegene Grundstück (a. Wohnhaus nebst Seitengebäude mit Hofraum, b. Hinterhaus)

am 18. März 1898, Vormittags 10 Uhr,

vor dem unterzeichneten Gericht — an Gerichtsstelle — Zimmer Nr. 7, versteigert werden.

Das Grundstück ist mit 1927 M. Nutzungsverhältnis zur Gebäudesteuer veranlagt. Liegenschaften sind nicht katastriert.

Thorn, den 15. Januar 1898.

Königliches Amtsgericht.

Concursverfahren.

In dem Concursverfahren über das Vermögen des Kaufmanns Isaak Olshewitz, in Firma J. Olshewitz von hier, Fischmarkt 24, ist zur Prüfung der nachträglich angemeldeten Forderungen Termin auf

den 24. Januar 1898, Vormittags 11½ Uhr,

vor dem Königlichen Amtsgerichte hier, Zimmer Nr. 42 des Gerichtsgebäudes auf Pfefferstadt, anberaumt.

Danzig, den 13. Januar 1898.

Dobratz,

Gerichtsrichter des Königlichen Amtsgerichts XI.

Molkereibau Gr. Trampken.

Der Bau einer Genossenschafts-Molkerei in Gr. Trampken, Kreis Danziger Höhe, veranlagt auf ca. 25.000 Mark incl. Material und Anfahrt, exkl. Maschinen, soll an einem der drei Mündelforderungen vergeben werden. Zeichnung und Kostenanschlag liegen im Gathaus des Herrn Groddek, Gr. Trampken, für Einsicht aus.

Schriftlich versiegte Oefferten sind spätestens bis zum 1. Februar a. c. an den Unterzeichneten einzureichen.

Der Vorstand.

geg. R. Burandt.

G. Klinsmann, Ingenieur,

Technisches Bureau, speziell für Ringofen- sowie Ziegeleibauten,

Thonanlagen und Brennproben.

Gr. Plehnendorf.

Neue Ziegelei.

Danzig, Tobiasgasse 27.

Görbersdorf in Schlesien.

Heilanstalt für Lungenkrankre von

Dr. Herrmann Brehmer,

Begründer der heut massgebenden Behandlung der Lungenschwindsucht. Aerztlicher Direktor

Professor Dr. med. Rud. Kobert.

Prospekte kostenfrei durch die Verwaltung.

Nach England

über Vlissingen (Holland) Queenboro.

Zweimal täglich in beiden Richtungen.

Grosse, prachtvolle Raddampfer. Wirkliche See-reise mit den neuen Nachtdampfern nur 2½ Stunden. Durchgehende Wagen. Speisewagen zwischen Wesel und Vlissingen. Directe Zugverbindung (nur an Wochentagen) von und nach Queenboro, nach und von Liverpool, Manchester, Birmingham und Glasgow via Herne Hill und Willems Junction, ohne London zu berühren.

Die Direction

(76) der Dampfschiff.-Ges. Zeeland.



Schlesischen Lotterie

am 7., 8. und 9. Februar 1898

in Görlitz statt.

Grösster Gewinn im günstigsten Fall

Werth Mark

Eine Viertel Million.

Original-Loose zu Planpreisen, ganze à 11 Mk., halbe à 5,50 Mk. — Porto und Liste 30 Pf.

empfiehlt und versendet auch unter Nachnahme

Carl Heintze, Berlin W., Unter den Linden 3.

Adresse für telegraphische Einzahlungen:

„Heintze Berlin-Linden“.

Unser von keinem Präparat übertroffenes

Dr. C. Scheibler's Mundwasser.

bereitet aus bleifreier essigsaurer Thonerde nach Vorschrift des Geh. Sanitätsrath Prof. Dr. Burow.

hat sich durch langjährige Erfahrung nach dem vereinbarten Urtheil vieler ärztlicher Autoritäten als bestes Mund- und Zahnréinigungsmittel bewährt. Daselbe erhält die weisse Farbe der Zähne, ohne die Emaille anzugreifen, und entfernt jeden übeln Geruch aus dem Munde.

Preis 1/2 Flasche M. 1,00, 1/2 Flasche M. 0,50.

Prospectus über Dr. C. Scheibler's Mund-

wasser mit zahlreich, ärztlichen Attesten gratis und franco.

Aleinige Fabrikanten

W. Neudorff & Co., Königsberg i. Pr.

Niederlagen in Danzig: Alb. Neumann; Rich. Lenz;

Apoth. R. Scheller; Apoth. H. Lietzau; Apoth. H. Knochen-

hauer; R. Paetzold Nachf.; Carl Lindenberg; Ch. Richter;

Carl Seydel; C. v. d. Lippe Nachf.; P. Eisenack; Apoth. E. Kornstädt; Apoth. O. Rehbein; Apoth. A. Heintze Nachf.; Dr. Schuster & Kaelber; in Dirschau: Apoth. O. Mensing; in Grauden: F. Kyser; P. Schirmacher; in Konitz: Apoth. E. W. Schultz; in Marienburg: in den Apotheken J. Lück Nachf.; in Neustadt: A. Ziems; in Thorn: H. Claass; in Dt. Eylau, Elbing, M. Rienwerder, Pr. Stargard, Stuhm und Zoppot; in den Apotheken.

18920

Für Stotterer,

Gämmel, Lissler, Volttere etc. Engelhard's Sprachre-

Institut, Berlin, Charlotten-

straße 24. N. d. Brosp. Großes

Ergebnis B. R. Kriegsmitt.

f. d. St. 95 96 angef.

u. 97 d. d. wiederholt empf.

M. Feith, Berlin 0., Alexanderstr. 14 a

Für Stotterer,

Gämmel, Lissler, Volttere etc. Engelhard's Sprachre-

Institut, Berlin, Charlotten-

straße 24. N. d. Brosp. Großes

Ergebnis B. R. Kriegsmitt.

f. d. St. 95 96 angef.

u. 97 d. d. wiederholt empf.

Apotheker Oscar Senft,

Berlin C., Ross-Strasse 26.

Haupt-Depot:

Apotheker Oscar Senft,